

DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

NUMMER 5

NOVEMBER 1972

PREIS S 3,—

Androsch: Nichts vorgesorgt

1973 KEINE BUDGETMITTEL FÜR ENTSCHÄDIGUNGSFORDERUNGEN

Daß die Regelung der Entschädigungsforderungen für Verfolgte sowie für Vertriebene und sonstige Rückstellungswerber noch lange nicht bereinigt ist und 1973 keinerlei Budgetmittel vorgesehen sind, geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Abg. Sandmeier (V) und Genossen durch Finanzminister Androsch hervor.

Dennach werden die Forderungen der Organisationen der politisch Verfolgten, die eine pauschale Abgeltung der durch Verfolgung verminderten Lebensverdienstsumme von rund 50.000 Personen verlangen, mit rund drei Milliarden Schilling beziffert. Eine Interessengemeinschaft der in Schweden lebenden Österreicher (IWO) hat an die deutsche Bundesregierung eine Forderung von 250 Mio. DM gerichtet. Der Hilfsfonds für die Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben, verlangt eine Wiedereröffnung der Anmeldefrist für den Hilfsfonds und eine 50prozentige Erhöhung der Dotationen für den Hilfsfonds — wofür 600 Mio. S erforderlich wären — sowie eine Einbeziehung der im Ausland lebenden Geschädigten in das OFG und eine 50prozentige Erhöhung der Leistungen.

Eine weitere Gruppe von ausländischen Organisationen der Vertriebenen aus Österreich verlangt eine vollständige Angleichung der Leistungen an die Verfolgten aus Österreich an die diesbezüglichen Leistungen der BRD. Sie meinen, daß Österreich von der BRD dafür weitere Beträge erhalten könnte, obwohl Österreich im Bad Kreuzbacher Abkommen erklärt hat, keine weiteren Forderungen mehr zu stellen und auch der Präsident der Jüdischen Weltorganisation, Nahum Goldmann, die Wiedergutmachungsleistungen als befriedigend anerkannt hat.

Außerdem haben noch die Organisationen der Vertriebenen Entschädigungen für Vermögensverluste angemeldet, die nach den Einheitswerten von 1945 rund zwei Milliarden Reichsmark ausmachen. Allein im Rahmen der österreichisch-tschechischen Vermögensverhandlungen wurden 30.000 Schadensfälle mit einer Summe von 4,5 Milliarden S anhängig gemacht.

Das Finanzministerium stellt dazu fest, daß für keine der Entschädigungsforderungen im Budget 1973 vorgesorgt sei, da es derzeit noch keine gesetzlichen Grundlagen für diese Forderungen gebe und nicht einmal annähernd vorausgesagt werden könne, in welcher Höhe sich im Jahr 1973 Zahlungsverpflichtungen aus den Forderungen ergeben werden.

Gedenkstätte Innsbruck-Reichenau

Am Nationalfeiertag wurde die von der Stadtgemeinde Innsbruck errichtete Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des ehemaligen Gestapolagers Reichenau durch den Bürgermeister der Landeshauptstadt, Landtagspräsidenten DDr. Luggner, feierlich eröffnet.

27 Organisationen der Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus aus Österreich und den Nachbarstaaten hatten Delegierte geschickt. Diese Delegationen wurden am Vormittag vom Landeshauptmann, Herrn OR Wolfbier, zur offiziellen Landesfeier anlässlich des Nationalfeiertages eingeladen und begrüßt. Die ÖVP-Kameradschaft war durch Hofrat Hyroß, Kommerzialrat Kittel und Kam. Pirtsching vertreten.

Präsident Mayer gedachte in seiner Ansprache jener Opfer aus allen Ländern, die vom Nazismus besetzt gewesen sind und die hier in dem Gestapolager ermordet wurden. Über 50 Opfer wurden nach der Befreiung in Tiroler Erde beigesetzt, vor allem auf dem Heidenfriedhof in Innsbruck und in Solbad Hall. Noch kurz vor dem Zusammenbruch des 3. Reiches wollte die Innsbrucker Gestapo und der damalige Kreisleiter Primbs im Lager Reichenau ein Blutbad errichten. Über 30 österreichische Patrioten sollten

ohne Gerichtsverfahren wegen „Aufwiegelung und Hochverrat“ erhängt werden. Nur dem Widerstand der Kameraden und dem raschen Vormarsch der amerikanischen Befreiungstruppen ist es zu danken, daß dieser Massenmord verhindert werden konnte.

Landtagspräsident DDr. Luggner nahm dann die Enthüllung des Mahnmales vor. Es sei Ehrensache der Stadt Innsbruck gewesen, durch die Errichtung der Gedenkstätte jener zu gedenken, die hier ihr Leben geopfert haben.

Altmann inhaftiert

Klaus Altmann, der mutmaßliche ehemalige Gestapochef von Lyon, ist von den bolivianischen Justizbehörden wegen nicht beglichener Schulden festgenommen worden, meldete die Abendzeitung „Ultima Hora“. Das Blatt, das sich auf den Untersekretär der Justizabteilung im Innenministerium beruft, teilte mit, daß Altmann, der seit 1957 die bolivianische Staatsangehörigkeit besitzt, der bolivianischen Organisation für Entwicklung ungefähr 4000 Dollar schuldet. Frankreich hat bekanntlich an Bolivien ein Auslieferungsbegehren gestellt. (Siehe auch Seite 5.)

Jeder wollte ein Stück

ÖSTERREICHS BEDROHUNG ZWISCHEN 1918 UND 1934

„Italien erhält das Gebiet von Lienz bis West-Kärnten, Spittal und Hermagor mit der Tauernbahn; Jugoslawien erhält das südliche Kärnten; Deutschland wird Vorarlberg, Nordtirol, Salzburg, das Ennstal und Oberösterreich zugesprochen.“

Und der Rest Österreichs, was sollte mit dem geschehen, wenn sollte er zugeschlagen werden? Der ehemalige Klagenfurter Rechtsanwalt und spätere Landespräsident von Kärnten, Dr. Janko Brejč, hatte auch darüber seine ganz konkreten Vorstellungen. Er war kein Utopist. Er war nur einer von vielen, der für sein Land ein Stück vom letzten Nachfolgestaat der österreichisch-ungarischen Monarchie beanspruchte. Aus Wien, Niederösterreich, der Steiermark ohne den Ennstal, dem Burgenland und einem Streifen Kärntens, so schlug der slowenische Politiker 1927 in einem Laibacher Zeitungsbericht vor, wäre ein Pufferstaat zu schaffen, dem als berufene Zentrale von Paneuropa eine glänzende Zukunft bevorstehe.

Aber schon Ungarn hatte mit dem Burgenland andere Pläne vor. Auch Italiens Kärnten-Ansprüche ließen sich nicht mit den jugoslawischen vereinbaren. Jeder hatte bestimmte Vorstellungen. Die erste Republik, die wirtschaftlich und innenpolitisch von einer Krise in die andere schlitterte, wäre machtlos gegenüber einer Realisierung jedes einzelnen dieser Aufteilungs- und Einmarschpläne gewesen.

Wie oft Österreich bedroht war, zwischen den Nachbarstaaten – mit Ausnahme der Schweiz – zerrieben zu werden, machen erst jüngste Forschungsergebnisse von Prof. Dr. Ludwig Jedlicka vom Institut für Zeitgeschichte der Wiener Universität in aller Deutlichkeit klar. Aus dem neuerschlossenen Quellenmaterial, über das er auf einem Historikertag in Innsbruck berichtete, werden exakt ausgearbeitete „Operationen“ bekannt, von denen die Wissenschaft bis heute nichts oder nur wenig wußte. Daß die von Heeresministerien bereits erlassenen Weisungen, die unter Diplomaten abgesprochenen Aktionen nicht stattfanden, verhinderten teils die Kursänderungen, die sich zwischen den „Interessenten“ ergaben, teils plötzlich eintretende innenpolitische Verschiebungen in Österreich.

Besonders gefährlich sah es in Österreich 1920, 1926, 1927 und 1934 aus. Die erste Bedrohung kam von Ungarn. Gemeinsam mit bayrischen Rechtsgruppen wollte die Regierung Horthy die österreichische Koalitions-

regierung stürzen, die Burgenlandfrage zum eigenen Vorteil regeln und gegen die Tschechoslowakei und gegen Polen vorstoßen. Die Nationalratswahlen in Österreich vom Oktober 1920 und die innenpolitische Wende zu einer rein bürgerlichen Regierung nahmen den potentiellen Aggressoren den Anlaß, dann nun war die Sozialdemokratie ja nicht mehr an der Macht beteiligt.

Italienische Aufteilungspläne

1925/26 drohte Mussolini als Folge einer Reihe unüberlegter Äußerungen zum Thema Südtirol wiederholt mit einem Einmarsch in Nordtirol. Österreich wollte nicht wehrlos abwarten. So bereitete das österreichische Bundesministerium für Heereswesen zusammen mit der Landesregierung in Innsbruck und den beiden Wehrverbänden, dem Republikanischen Schutzbund und der Heimwehr, Verhehungsmaßnahmen vor, mit deren Inhalt sich Prof. Jedlicka durch Überlassung der Dokumente des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Julius Deutsch vertraut machen konnte. Wie ein Kräftenessen bei den Staaten ausgegangen wäre, ist schwer abzusehen – war doch Österreich im Friedensvertrag zu St. Germain nur ein Berufsheer in der Stärke von 30.000 Mann zugestanden worden.

Daß man in diesen spannungsreichen Monaten neuerliche Aufteilungspläne erwog, beweist unter anderem eine Aufzeichnung des deutschen Reichskanzlers Luther vom 9. März 1926, die nach einer Unterredung mit dem österreichischen Bundeskanzler Ramek niedergeschrieben wurde. Darin kommt zum Ausdruck, daß beide Kanzler damit rechneten, Jugoslawien würde im Falle eines Anschlusses an Deutschland bestimmte Teile Kärntens, Italien Vilsach und die Tschechoslowakei das Mühlviertel verlangen.

Die Einmarschpläne

Angeichts der allmählichen Annäherung zwischen Österreich, Italien und Ungarn – manifestiert in den „Römischen Protokollen“ von 1934, die die Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit Österreichs garantieren sollten – und der immer intensiver werdenden deutschen Anschlusspropaganda, entwickelten die Militärmächte rund um Österreich eine rege Spionagetätigkeit. Prof. Jedlicka stieß in diesem Zusammenhang vor allem auf den Namen des deutschen Militärattachés in Wien, Generalleutnant Muff.

Seine erst kürzlich der Forschung zugänglich gemachte Korrespondenz mit dem Reichswehrministerium in Berlin deckt sich sachlich mit den ebenfalls erst jetzt bekanntgewordenen Berichten des österreichischen Militärattachés in Rom, Oberst Libitzky, sowie mit dem Wortlaut italienischer Heeresakten, die 1942 als Beutebestand in deutsche und 1945 in amerikanische Hände geraten waren. Heute befinden sie sich in den National Archives Washington, wo sie ein Mitarbeiter Prof. Jedlickas, Dr. Karl Stuhlpfarrer, sichten und fotokopieren konnte.

1934 erging an die Divisionen Verona und Brescia die Weisung, drei Jagdgruppen einzuberufen und nach einem detaillierten Plan die österreichischen Truppen im Kampf gegen „Aufständische“ (Sozialdemokraten) und einfallende Legionseinheiten aus Deutschland zu unterstützen.

Nach dem Mord an Dollfuß

Es ist selbstverständlich, daß dem deutschen Nachrichtendienst die italienischen Vorbereitungen ebenso wenig verborgen blieben wie den Staaten der Kleinen Entente (Jugoslawien, Tschechoslowakei, Rumänien). Gerade jetzt suchte Jugoslawien verstärkte Kontakte zu Deutschland. Als dann am 25. Juli 1934 nach der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß ausgedehnte Unruhen ausbrachen, gaben die italienischen Kommandanten Befehle zum Vorrücken der Truppen an der Grenze, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß Zusammenstöße mit tschechoslowakischen oder jugoslawischen Einheiten möglich wären. Rom zeigte sich bestürzt, sobald es hörte, daß die drohende italienische Intervention bei vielen Kärntnern die Tendenz enthielte, eher eine jugoslawische Annexion zu begünstigen als das Einrücken italienischer Truppen.

Nach 1934 verschoben sich die Verhältnisse im Donauraum abwärts. Die deutsche Politik konnte eine Annäherung an Mussolinis Italien vollziehen. Die Bildung der Achse Rom – Berlin führte zur zunehmenden Schwächung der italienischen Schutzstellung für Österreich, Italien, Jugoslawien, Ungarn machten keine Ansprüche mehr geltend. Deutschland bereite theoretische Einmarschpläne vor. Im März 1938 waren sie noch nicht so weit gediehen wie der italienische Plan von 1934. Doch Hitler marschiere

Hedy Grolig (lib)

300.000 bei Kolbe-Feier

Rund 300.000 Menschen haben an der Eucharistiefeier in Auschwitz zum ersten Jahrestag der Seligsprechung des polnischen Minoritenpeters Maximilian Kolbe teilgenommen. Zu Beginn der Feierlichkeiten verlas der Erzbischof von Krakau, Kardinal Karol Wojtyla, eine Grußbotschaft des vatikanischen Kardinalatssekretärs Jean Villot. Vor Beginn der Messfeier hielt Franciszek Gajowniczek, für den Kolbe 1941 sein Leben opferte, eine kurze Ansprache zu Ehren Peter Kolbes.

Das Beispiel Kolbes zeuge von „unerschütterlichem Glauben, der den Haß überwindet“, sagte der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Stefan Wyszyński, in seiner Predigt. Angesichts der Kräfte, die statt Liebe den Haß predigen, habe die Kirche die Pflicht, gegen diese Kräfte anzugehen, „die den Menschen ihr Gottvertrauen, ihre Brüderlichkeit und ihre Freundschaft nehmen“. Nach der Messe, die von dem amerikanischen Kardinal John Krol zelebriert wurde, legten die Kardinäle – unter

ihnen die Kurienkardinäle Wright und Bertoli – und Bischöfe Blumenkränze in der Todeszelle Maximilian Kolbes nieder.

Der deutsche Bischof Hengsbach von Essen, der als Vertreter Kardinal Döpfners an der Feier in Auschwitz teilnehmen sollte, hatte von den polnischen Behörden kein Einreisevisum erhalten. Hengsbach hatte die Absicht gehabt, sich bei der Feier in Auschwitz mit Nachdruck für eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk einzusetzen. In der vorbereiteten Rede des Bischofs, die von der deutschen Katholischen Nachrichtenagentur jetzt im Wortlaut veröffentlicht wurde, heißt es wörtlich: „Mein Besuch gerade hier in Ausch-

witz möchte in der Verehrung eines polnischen Märtyrers und in der Begegnung mit unseren polnischen Glaubensbrüdern dem Brückenschlag zwischen unseren beiden Völkern dienen, der – so hoffen wir – immer tragfähiger ausgebaut wird.“ Die wachsende Verständigung zwischen Deutschen und Polen, heißt es in dem Redetext des Bischofs weiter, werde, „neben anderem gewiß auch Möglichkeiten eröffnen, die Gräber unserer Toten zu besuchen“.

Der Bischof wollte in Auschwitz auch die Verbundenheit des deutschen und polnischen Volkes durch den gemeinsamen Glauben betonen und sich bei den polnischen Bischöfen für deren „versöhnlichen Brief“ bedanken, mit dem sie „am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils Berge von Vorurteilen und Berge von Schuld beiseite geschoben“ hätten.

Kärnten: Pauschalbeschuldigungen zurückgewiesen

Der Landesverband Kärnten der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten hielt kürzlich in Klagenfurt eine Vorstandssitzung ab, in der der frühere Nationalratsabgeordnete und Landwirtschaftskammerpräsident Hermann Gruber als Nachfolger des verstorbenen Dir. Gottfried Wunder zum Sozial- und Kulturreferenten des Landesverbandes gewählt wurde.

Der Landesverband befaßte sich auch mit den Vorgängen um die zweisprachigen Kärntner Ortschaften und bedauerte es, daß das Gesetz im Nationalrat unter Außerachtlassung aller demokratischen Regeln durchgepeitscht worden sei. Der Landesverband bekennt sich dazu, daß der Staatsvertrag erfüllt wird, er weist jedoch alle Bestrebungen zurück, die die Freiheit und Einheit Kärntens gefährden könnten, und erachtet eine Minderheitenfeststellung als Voraussetzung für eine gerechte und demokratische Lösung des Minderheitenproblems. Der Landesverband weist entschieden alle Anschuldigungen zurück, die die heimattreuen Kärntner pauschal als Faschisten, Extremisten und Terroristen bezeichnen.

Solche Anschuldigungen seien es nämlich in erster Linie, die dem Ansehen Österreichs schaden.



Dachau 1938: Die SS läßt drei Häftlinge vor dem Fotografen aufmarschieren: Oberst Zelberg (l.), der steirische Landeshauptmann Karl Maria Sopan (Mitte) und der spätere Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach. Das Foto sollte in der Steiermark zur Abschreckung verteilt werden. Gorbach starb im Sommer dieses Jahres, Sopan wenige Wochen später.

Foto: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

SCHATTEN AUF DER RESISTANCE

Barbies Memoiren

VON ALEXANDER KARELL

Mit einem riesigen Reklame-Aufgebot publizierte das Pariser Boulevardblatt „France Soir“ kürzlich die sogenannten Memoiren des Deutschen Klaus Altmann, der nun offen zugibt, Gestapo-Chef und Folterknecht in Lyon gewesen zu sein. Gegen den Deutsch-Bolivianer wurde ein Haftbefehl erlassen. Wir erinnern, daß die Jagd auf Altmann-Barbie von Beate Klarsfeld eingeleitet wurde, die ihre Berufung im Aufspüren der Kriegsverbrecher des Dritten Reiches sieht, um sie vor weltliche Richter zu bringen.

Klaus Altmann leugnete ursprünglich seine Identität mit dem Mörder des ersten Chefs der französischen Widerstandsbewegung. Noch heute bestehen Zweifel in Paris, ob seine Memoiren authentisch sind und es sich wirklich um dieses frühere Mitglied der Gestapo handelt. Seit Wochen zirkulieren Gerüchte, die Artikelserie Altmann-Barbies enthalte Sprengstoff und einige Helden der Resistance würden auf das schwerste kompromittiert. In der Tat klagt der Autor einen der führenden Köpfe der Widerstandsbewegung, René Hardy, an, er habe den obersten Leiter des französischen Widerstandes, Jean Moulin, der geheimen Staatspolizei verraten und ihn an die Behörden der Besatzungsmacht ausgeliefert.

Mit dieser Veröffentlichung und Verdächtigung wird einer der rätselhaftesten Fälle der jüngsten französischen Geschichte zur Diskussion gestellt. Heftige Polemiken beginnen sich abzuzeichnen. René Hardy, heute 61 Jahre, sieht sich verpflichtet, die Geister der Vergangenheit zu beschwören, um sie endgültig zu bannen. Wird ihm das ebenso gelingen wie im Laufe zweier Prozesse – 1947 und 1950 –, wo er, als Verräter angeklagt, mit der Todesstrafe rechnen mußte? Trotz der damals herrschenden erregten Atmosphäre der ersten Nachkriegsjahre gelangten die Richter zu keinem schlüssigen Beweis der Schuld. René Hardy, gegenwärtig mitteilfähiger Schriftsteller und Verfasser von Film-Szenarios, war 1943 für alle Sabotagen verantwortlich, die den Nachschub der deutschen Truppen in Frage stellen und lähmen sollten.

Ein früherer Agent der Resistance, der seine Dienste der Gestapo angeboten hatte und für diese später arbeitete, bekam Wind von einer geheimen Zusammenkunft zwischen dem militärischen Befehlshaber der französischen Geheimarmee und dem Chef der Saboteure, dem oben genannten

René Hardy. General Delestraint wurde am 9. Juni 1943 in einer Pariser Metro-Station verhaftet. Schon am 7. Juni wurde René Hardy in einem Zug арretiert und an Barbie ausgeliefert. Hardy, besser bekannt unter dem Pseudonym Didot, soll mit dem Gestapo-Boß Barbie eine kurze politische Zusammenarbeit eingeleitet haben.

Fest steht, daß nur zwei Männer von der Zusammenkunft in der Metro mit dem General wußten, und historisch ist zu belegen, daß Hardy diese kurzfristige Verhaftung und seine Begabung mit Barbie weder seinem damaligen Vorgesetzten noch dem Gerichtshof im ersten Prozeß bekanntgegeben hatte. Für den 21. Juni 1943 war in einem Vorort von Lyon ein Treffen der höchsten Chefs der Resistance vorbereitet.

Der neue Leiter der Widerstandsbewegung, Jean Moulin, wurde bei

dieser Gelegenheit verhaftet und in den folgenden Tagen von Barbie systematisch zu Tode gefoltert. Als einziger der Anwesenden konnte sich Hardy aus dem Haus retten. Angeblich wurde er von einem Gestapo-Beamten am Arm verletzt. In den eben erschienenen Erinnerungen Altmanns wird behauptet, René Hardy habe im Einvernehmen mit der Gestapo gehandelt und sich die Verletzung als Alibi selbst zugelegt – mit Barbies Pistole!

Die Historiker sind sich einig, daß der Leiter der Sabotagetruppen zumindest höchst unvorsichtig gehandelt habe. Von großer Unvorsichtigkeit spricht auch Hardy, er schiebt jedoch die Verantwortung auf andere Personen der Resistance. Die Leiche Jean Moulins wurde nach einer Apotheose (damaliger Kultusminister Malraux hielt eine der pathetischsten Reden seiner Karriere) in das Pantheon überführt. Dort ruht er neben den Größen der französischen Geschichte.

Altmann kassierte für seine Ausführungen fantastische Honorare, man munkelt von mehreren zehntausend Dollar. Hardy versucht, sich in Interviews reinzuwaschen. Aber die Geister der Vergangenheit sind wieder lebendig geworden.

Agramer Studentenprozeß

Der als aktiver Katholik bekannte ehemalige Vizepräsident der Agramer Universität, Ivan Zvonimir Cicak, wurde Anfang Oktober im Agramer Studentenprozeß zu drei Jahren schweren Kerker verurteilt. Die drei Mitangeklagten Cicaks, nämlich der ehemalige Vorsitzende der Agramer Studentenschaft, Dragan Budisa, der frühere Vorsitzende des kroatischen Studentenverbandes, Ante Paradzik, und der seinerzeitige stellvertretende Vorsitzende der Agramer Studentenschaft, Goran Dodig, wurden zu Kerkerstrafen von vier, drei und einem Jahr verurteilt. Die Anklage hatte den Studentenführern konterrevolutionäre Tätigkeit, die Organisation einer gegen die politische Ordnung Jugoslawiens gerichteten politischen Gruppe an den kroatischen Universitäten und Zusammenarbeit mit Emigrantenkreisen zur Last gelegt. Das Gericht folgte den Anschuldigungen der Anklage nur zum Teil.

In der Urteilsbegründung hieß es unter anderem, die kroatische Hochschülerbewegung, in der die vier Verurteilten führende Funktionen innehatten, sei nationalistisch, separatistisch und in zunehmendem Maße antisozialistisch gewesen. Die verurteilten Studentenführer hätten systematisch eine Infiltration aller politischen Organisationen angestrebt und dabei die verfassungsmäßig gewähr-

ten Rechte der freien Meinungsäußerung sowie ihre Positionen mißbraucht.

Die verurteilten Hochschülerfunktionen gelten als die Initiatoren des Studentestreiks vom November vergangenen Jahres, der sich gegen die wirtschaftliche Benachteiligung Kroatiens innerhalb des jugoslawischen Staatsverbandes gerichtet hatte. Bei der Verhandlung blieb es unbestritten, daß es während dieses Vorlesungsstreiks zu keinerlei tätlichen Auseinandersetzungen oder Straßendemonstrationen gekommen war. In der Urteilsbegründung wurde auch darauf verwiesen, daß in Jugoslawien weder der Streik noch politische Reden und Schriften an sich ungesetzlich seien. Es sei jedoch strafbar, wenn – was in diesem Fall geschehen sei – derartige Initiativen in die Gesellschaft und den Staat gefährdende Aktionen umschlagen. Ausdrücklich bescheinigte das Gericht den Angeklagten, daß sie subjektiv keine Beziehungen zu exkroatischen Organisationen hatten (so daß der Anklagepunkt der konterrevolutionären Beteiligung nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden konnte), daß ihre Agitation jedoch durch ihre starke Hinwendung zur „Kroatischen Kulturvereinigung“ mit den politischen Problemen der Emigranten weitgehend identisch gewesen sei.

Meister des Journalismus

ZUM 100. GEBURTSTAG FRIEDRICH FUNDERS

Vor 100 Jahren, am 1. November 1872, wurde Dr. Friedrich Funder in Graz geboren. Als er (wichtigste Lebensdaten: seit 1894 Justizstudium und Reporter in Wien bei der eben gegründeten „Reichspost“, von 1902 bis 1938 deren Chefredakteur, 1934 bis 1938 Mitglied des Staatsrates, 1938/39 Konzentrationslager-Häftling, 1945 Gründer und Herausgeber der „Furche“) 1959 starb, würdigte ihn nicht nur Geseinnungsfreunde als „Altmeister“ des österreichischen Journalismus.

Funder war nicht Journalist geworden, um sich dann nach Zielen umzusehen, sondern er trat bewußt in den Dienst des christlichen Volkes, als dessen Tagblatt sich die Reichspost bezeichnete. Aus lächerlich bescheidenen Anfängen schuf Funder ein Organ, das die Christsozialen nicht nur auf ihrem Aufstieg begleitete, sondern diesen zu einem Gelingen erst frei machen half. Der harte Kampf ging gegen einen kulturkämpferischen Liberalismus, dessen antikenkale Aggressivität dann auch von der Sozialdemokratie und den Deutschenationalen übernommen wurde, gegen eine massive Ausnutzung kapitalistischer Machtpositionen, unter denen die ärmeren Schichten der Bevölkerung zu leiden hatten, und schließlich gegen eine häßliche Propaganda gegen die christliche Moralauffassung. Das eigentliche Siegesjahr war 1907, als die Christsozialen zur stärksten Partei im Reichsrat wurden und die Wiener Stadtverwaltung und Lueger internationales Ansehen gewonnen hatte. Für Funder bot sich die Aussicht auf Berufung in eine künftige Regierung, die die vom Thronfolger Franz Ferdinand, zu dessen engeren Mitarbeitern er zählte, geplanten Reformmaßnahmen zur Rettung des Vielvölkerstaates durchzuführen gehobelt hätte. Die Schüsse von Sarajevo und der Kriegausbruch beendeten jäh diese Zukunftsaussichten.

In der Ersten Republik blieben Funders Leitartikel mitbestimmend für Programm und Taktik der Christsozialen Partei, er trug wesentliches bei zum Gelingen des Seipelschen Sanierungswerkes. Obwohl Kirche und Partei damals noch eng verhaftet waren, vertrat Funder stets den Standpunkt, daß er im Dienste des katholischen Volkes keineswegs auch der Partei kritische zu dienen habe.

Der Versuch, Friedrich Funder zum Gesandten beim Vatikan zu bestellen, scheiterte am Widerstand der Kurie. In

Rom wußte man, daß Funder als publizistischer Heerführer des katholischen Österreich in Wien unersetzlich war. Vom autoritären Regime in den „Staatsrat“ berufen, versuchte er mit allen Kräften, den sich verschärfenden Gegensätzen in der Innenpolitik Einheit zu gebieten. Dabei kam ihm das von persönlicher Achtung und Ritterlichkeit getragene Verhältnis auch zu politischen Gegnern zugute. Vertrauliche Besprechungen zwischen Funder und dem sozialistischen Wiener Bürgermeister Karl Seitz, die Döllfuß zunächst gebilligt hatte, boten Aussichten, jener Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie den Weg zu ebnen, die 1938 abermals scheiterte und erst 1945 zustande kam. Wären die Februareignisse 1934 zunächst ge-

stische Großtat: die Gründung der „Furche“. Angepaßt den neuen Verhältnissen, schuf er an Stelle einer Tageszeitung mit diesem Titel einer kulturpolitischen Wochenschrift ein Instrument, das als Stimulator, und wenn notwendig auch als Mahner des öffentlichen Gewissens, auftreten konnte.

Dr. A. J. Walter

Toni Ulmer †

Die Vorarlberger ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten verlor innerhalb kurzer Zeit den langjährigen Obmannsstellvertreter Adolf Hämmerle und nun auch den Obmann Reg.-Rat Toni Ulmer.

Man möchte meinen, Toni Ulmers Natur sei unverwundlich. Er hatte seinen Körper durch Turnen gestählt. Dennoch hat ein Herzversagen seinem Leben ein unerwartetes Ende gesetzt. Er stand im 78. Lebensjahre.

Wenn man sein Leben mit einem Wort charakterisieren wollte, müßte man sagen: Toni Ulmer war durch und durch österreichischer Patriot. Im Ersten Weltkrieg stand er in den Reihen der Kaiserschützen. Im Jahre 1917 wurde er von Kaiser Karl mit der Goldenen Tapferkeitsmedaille dekoriert. Kompromißlos dachte und handelte er österreichisch, als in den dreißiger Jahren der braune Terror unsere Heimat bedrohte. Toni Ulmer war Landesführer der Heimwehr. Vier Jahre war er Mitglied der Landesregierung. Kein Wunder, wenn er nach dem Umsturz 1938 vom Schuldienst tristis entlassen und verhaftet wurde. Elf Monate saß er in Einzelhaft und wurde dann nach München konfiniert. Die Verhaftungswelle nach dem 20. Juli 1944 warf auch Toni Ulmer in das Konzentrationslager Dachau.

Nach dem Kriege nahm Ulmer den Lehrerberuf wieder auf. Seine patriotische Haltung wurde vom Lande Vorarlberg anerkannt, indem er zum Bezirkschulinspektor in Feldkirch befördert und mit dem Titel eines Regierungsrates ausgezeichnet wurde. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten bestellte ihn bei der Generalversammlung am 3. Mai 1964 zum Obmann. Diese Stelle versah Reg.-Rat Toni Ulmer bis zum Tode am 11. September. Er bemühte sich besonders um die Aufklärung über den Stand der gesetzlichen Opferfürsorge. Der durch Todestfälle immer mehr zusammenschmelzenden Kameradschaft wird unser „Toni“ in bester Erinnerung bleiben.

Sch.

Prof. Zach 80

Unser Kamerad Prof. Hans Zach feierte am 10. November den 80. Geburtstag. Er wurde in Eggenburg als Bauernsohn geboren und wurde nach dem Ersten Weltkrieg Lehrer an der Taubstummenanstalt in Wr. Neustadt. Sein politisches Engagement führte ihn in den Gemeinderat (1927) und in das Bürgermeisteramt (1932 Vizebürgermeister, 1934–1938 Bürgermeister). Das NS-Regime lernte er im KZ Wöllersdorf, im Wiener Landesgericht, im Wr. Neustädter Kreisgericht, auf der Elisabethpromenade und zuletzt im KZ Buchenwald kennen. Nach 1945 war er zwei Perioden lang wieder Landtagsabgeordneter und schließlich Vizebürgermeister in Wr. Neustadt. Er ist auch Obmann des NÖ. Vereines der Freunde des Wohnungseigentums und der Turn- und Sportunion in Wr. Neustadt. Der Kameradschaft der politisch Verfolgten gehört er seit 1948 an, er bekleidet die Funktion eines Obmannsstellvertreters. Zum 80er wünschen wir ihm alles Gute, Gesundheit und noch viele schöne Jahre!

macht worden, hätte sich Österreichs Schicksal anders gestalten können.

Daß Funder unter den ersten war, die nach Dachau gebracht wurden, war ebensowenig überraschend wie die Tatsache, daß man auch dort seinen Lebensmut nicht brechen konnte. Bereits im achten Lebensjahrzeit stand, setzte er gleich nach der Befreiung Österreichs eine neue publi-

Kameradschaftsfahrt ins Burgenland

Vom niederösterreichischen Landesverband der ÖVP-Kameradschaft wurde am 19. September d. J. eine Exkursion in das Burgenland veranstaltet, die bei den Verbandmitgliedern in Niederösterreich und Wien auf lebhaftes Interesse stieß. Bis zum letzten Platz (43 Teilnehmer) war der

große Reisebus der Firma M. Patsch, Wr. Neustadt, ausverkauft.

In Oberberg, Eisenstadt, bei der Bergkirche, erwarteten der burgenländische Landesobmann, Oberschulrat Pronai, und der Präsident des Roten Kreuzes Burgenland, Hofrat Riedl, die Reisegesellschaft, die unter Leitung von Bezirkshauptmann i. R. Hofrat Dr. Mohr und Landes-Fachoberinspektor Skorpik stand, und geleitete sie zu den be-

deutendsten Gedenkstätten für Joseph Haydn. Beim Mittagessen richtete Landeshauptmann-Stellvertreter Soronics trotz der großen Inanspruchnahme im Wahlkampf herzliche Worte an die Gäste aus den benachbarten Bundesländern. Auch das Erscheinen des vormaligen Regierungsforstdirektors von Niederösterreich, NF-Abg. a. D. Hofrat Dipl.-Ing. Stöbl, der den Lebensabend in seiner burgenländischen Heimat verbringt, wurde

**Unser aller
Leistung für die
VOLKSWIRTSCHAFT
Die
VOLKSWIRTSCHAFT
geht uns alle an!**

LÄNDERBANK
Um Sie bemüht

von den Reiset Teilnehmern mit großer Freude begrüßt.

Der Nachmittag wurde einer Rundfahrt um den Neusiedler See gewidmet, wobei Schulrat in Ruhe Seidl aus Neusiedl a. S. für wertvolle Informationen über Lokalgeschichte und Wirtschaft sorgte. Ein kurzes geselliges Beisammensein in Gols beschloß den interessanten Tag, der vielen unter den Teilnehmern Erinnerungen an gemeinsame Erlebnisse aus der Zeit der Ersten Republik brachte.

Auszeichnung für Kam. Widhofner

Unserem Mitarbeiter Reg.-Rat Hans Widhofner, seinerzeit Bezirkschulinspektor in Hollabrunn und Wt. Neustadt-Land, wurde „in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ das **Große Ehrenzeichen** für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich verliehen.

2000 Juden ausgewandert

Im Juli wurde, nach unbestätigten Meldungen aus Moskau, etwa 2000 Juden, unter ihnen 500 Kinder, die Ausreise nach Israel genehmigt. Damit sind seit Anfang dieses Jahres 18.000 Sowjetbürger nach Israel ausgewandert.

Menschen in Auschwitz

Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl präsentierte kürzlich in einer Pressekonferenz das im Europaverlag erschienene Buch „Menschen in Auschwitz“ von Prof. Hermann Langbein, das sich „aus der Distanz eines Vierteljahrhunderts“ mit den verschiedenen Gruppen von Menschen in Auschwitz und ihrem Schicksal beschäftigt, ausgenommen jene, die nur zur Vernichtung in das Lager gekommen sind und im Lager selbst nicht gelebt haben. Prof. Weinzierl nannte das Buch das „umfassendste und objektivste“, das „menschlichste und zugleich wissenschaftlichste“ Buch über Auschwitz, in dem jedes Pauschalurteil vermieden ist und die Psychologie des Lagerlebens von einem Menschen geschildert wird, der durch das eigene Erleben und durch die intensive Beschäftigung mit dem Problem des Lagerlebens die emotionale Einstellung dazu bereits überwunden und zu einer sachlich-objektiven Sicht gefunden hat.

Eine Besprechung des Buches im „Freiheitskämpfer“ erscheint in einer der nächsten Nummern.

Feldweibel Schmid

Am Nationalfeiertag brachte das österreichische Fernsehen das Dokumentarspiel „Feldweibel Schmid“, das den Fall eines Österreicherers in der Deutschen Wehrmacht zum Inhalt hat, der sich gegen die Verfolgung der jüdischen Einwohner osteuropäischer Städte auflehnt und selbst rettend eingreift, bis ihn das Schicksal ereilt. Es ist zuerst nur der normale Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der in Feldweibel Schmid Empörung über die Behandlung der Juden auslöst. Erst die persönliche Begegnung mit einem jüdischen Mädchen drängt ihn zu aktiver Hilfe.

Der Streifen wurde in der BRD gedreht und bereits vor einiger Zeit in Deutschland gezeigt. Es war ein guter Beitrag zum österreichischen Nationalfeiertag. An Eindringlichkeit kommt dieses Dokumentarspiel allerdings nicht an den „Fall Jägerstätter“ heran. Es handelt sich freilich bei Feldweibel Schmid zunächst eher um einen Durchschnittstyp, der erst durch eine Verkettung von Umständen in das tragische Geschehen verwickelt wird, während Jägerstätter von vornherein eine in klarem Bewußtsein bezogene Position bis zum Tod verteidigte.

Maillet, Tichy & Co.

Bäckerei und Konditorei

1080 Wien,
Strozzigasse 40
Telefon 42 27 30

Superiorat Mariazell
Besucht die Gnadenbasilika
Mariazell — Steiermark

INSERIEREN IM

„FREIHEITSKÄMPFER“

BRINGT ERFOLG!

Dadieu Rückkehr

Am 23. Kongreß der Internationalen Astronautischen Föderation in der Wiener Hofburg nahm als Ehrenmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Weltraumforschung und Flugkörpertechnik auch ein Herr Doktor Armin Dadieu teil. Viele österreichische Patrioten dürften sich noch an diesen Namen aus der Hitlerzeit erinnern. SS-Obersturmführer Dadieu war nach 1938 „Gauhauptmann“ in Steiermark. Wie „profil“ berichtete, war er

1945 nach Argentinien geflohen, weil „er befürchtete, daß zur Rechenschaft gezogen zu werden, daß er Österreichs späteren Bundeskanzler, den verstorbenen Dr. Alfons Gorbach, bei der Führung vermaßert und damit ins KZ gebracht hätte“.

Heute hat Dr. Dadieu derartiges nicht mehr zu befürchten, denn Doktor Gorbach lebt nicht mehr (er hätte einen persönlichen Racheakt seitens Dr. Gorbachs zweifellos auch zu dessen Lebzeiten nicht zu befürchten gehabt!). Jetzt aber kann Herr Dr. Da-

dieu, dessen Verdienste um die österreichische Gesellschaft für Weltraumforschung weithin unbekannt sind, offenbar schon wieder relativ ruhigen Gewissens nach Österreich zurückkehren ...

Massengräber in Polen

Neun Massengräber mit den Leichen von rund 10.000 sowjetischen Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg wurden in Ostpolen entdeckt. Sie sind die Überreste eines Kriegsgefangenenlagers der Deutschen.



**Käse gut
alles gut.**

*Und daß ein Käse gut ist,
erkennt man am Karo.*

*Am SCHÄRDINGER-Karo. Und am SCHÄRDINGER-Präfigel.
Dann können Sie nämlich ganz sicher sein, daß er richtig reif ist.
Und daß er das richtige Aroma hat. Und den richtigen Geschmack.
Ganz gleich, ob's ein Emmentaler,
Römer oder ein Reims-Camembert ist.*

SCHÄRDINGER – ein guter Grund Käse zu essen.

Schärldinger



Nur natürliche Kohlensäure

Restaurant F. Daschütz

Josefstädter Straße

1080 WIEN

Stadtbahngebäude

Die praktische Lösung –
Würfelzucker
in der
neuen 1-kg-Packung



reiner zucker



MÖBELHAUS *Adolf Trinkl*



ZENTRALE:

WIEN XX
JÄGERSTRASSE 59-63
TELEFON 33 21 26, 33 42 25

FILIALEN:

WIEN X
LAXENBURGER STRASSE 23
TELEFON 64 22 09
WIEN XXI
FLORIDSORFER HAUPTSTRASSE 26
TELEFON 38 34 47

Offsetdruck

Flachbeutel

Werbegraphik

Piaristengasse 9
1080 Wien
Telefon:
42 41 38, 42 41 39,
42 43 60

Fleischmann & Jaeger

Oberkärntner Molkerei Villach-Spittal

reg. Gen. m. b. H.

Villacher Straße 92
9500 Villach

Pension

„Marienheim“

in Mariazell

Mariazell, Pater-Abel-Platz 3

Telefon 25 45

Haus mit allem Komfort

Buch- und Kunstdruckerei
Klischeeanstalt
Großbuchbinderei
Buch- und Papierhandlung

Klagenfurt,
Völkermarkter Ring 25

Filialen:

Klagenfurt, Sternallee 7
Wolfsberg, Kötschach
St. Veit a. d. Glan

Carinthia

STIFT SCHLIERBACH



GYMNASIUM
GLASMALEREI
KÄSEREI

Schlierbach, Oberösterreich



Otto Schachinger

GROSSFLEISCHHAUEREI • WURSTFABRIK

1020 WIEN, ROTENSTERNGASSE 12 • TELEFON 24 32 23, 55 63 99

INULA

INDUSTRIE- UND
LABORATORIUMSBEDARF

Dipl.-Ing. Rudolf Wunsch

Löwenburggasse 2

1080 Wien

Tel. 42 62 35

42 62 36, 42 23 55

Schlösserei und Stahlbau

GEORG SENFT SENIOR

Nachfolger: Erich Senft



1080 Wien, Auerspergstraße 13

Telefon 42 13 79 und 43 13 19